

Die Graphische Presse

Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Kupfer-, Wachstuch- und Tapetendrucker und verwandte Berufe.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint jeden Freitag. Abonnementspreis 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Westpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

M. Obier, Leipzig-Lössnig, Lobstädtstr. 1.
Druck, Verlag und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz.
Redaktionsschluss: Dienstag.

Insertion.

Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt:

Die Regierung, die koalitierten Unternehmer und die bürgerlichen Sozialpolitiker nach den Reichstagswahlen. — Bekanntmachungen. — Aufgepasst Chemigraphen. — Chemigraphen-Brief. — Zu dem Bericht des internationalen Sekretariats. — Korrespondenzen: Berlin III, Berlin, Brandenburg. — Briefkasten der Redaktion. — Anzeigen.

Die Regierung, die koalitierten Unternehmer und die bürgerlichen Sozialpolitiker nach den Reichstagswahlen.

Wie nicht anders zu erwarten, ist die Freude über das Ergebnis der Reichstagswahlen, die Freude über die vermeintliche Niederlage der Sozialdemokratie im Lager unserer Gegner eine ungeteilte, die nur dadurch ein wenig gedämpft wird, dass der grosse nationale Zusammenschluss gegenüber der im Reichstag bisher ausschlaggebenden Partei, dem Zentrum, vollständig versagte. An dem spontanen Jubel, an der Grösse der Freude über unsere Niederlage kann man ermesen, welch' ausserordentlicher Wert in der Wahrheit der sozialistischen Lehre liegt und welche Bedeutung die sozialdemokratische Partei im gegenwärtigen Wirtschaftsleben an und für sich und besonders für die Gegner hat.

Die Regierung und mit ihr die nationalen Parteien haben einen Sieg errungen, der ihnen in allernächster Zukunft erhebliche Kopfschmerzen verursachen wird, denn schon vor Beendigung der Stichwahlen meldeten sich die als nationale Partei zusammengetriebenen ungleichen Brüder, um ihren Beuteanteil in Empfang zu nehmen. Der Reichskanzler hat nun die langersehnte Mehrheit, — die er für alle Regierungsvorlagen, für alle Pläne, die den Besitzenden keine Lasten auferlegen, die Mehrheit des Volkes aber ausserordentlich belasten müssen, beliebig verwenden kann. Ob er, wie es den Anschein hat, diese Mehrheiten ungehindert seinen Zwecken dienstbar machen kann, möchten wir bezweifeln, denn schon liegen sich die für die Reichstagswahl geeinigten »nationalen Parteien« wieder in den Haaren. Die vor der Wahl bei diesen Parteien vorhandenen prinzipiellen Gegensätze, die für einige Wochen notdürftig vertuscht wurden zur höheren Ehre des Mandatschachers, werden nicht nur wie vordem, sondern verstärkt in Erscheinung treten, wenn es für die einzelnen Parteien gilt, ihren Grundsätzen gemäss im Reichstage positive Arbeit zu leisten. Ueber die vom Reichstage zu leistende positive Arbeit gehen nämlich, so weit die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft berührt werden, die Meinungen derjenigen, die zurzeit die Regierungspartei bilden, sehr weit auseinander.

Wie steht die Regierung, wie stehen die Mehrheitsparteien zum Fortgang der Sozialpolitik, zum Achtstundentag, zur Sicherung des Koalitionsrechtes für alle Arbeiter, zum Reichsberggesetz, zum Schutz der Bauarbeiter, zur Errichtung eines Reichsarbeitsamtes und Arbeiter-

kammern, zur Regelung des Wohnungswesens und zur Sicherung der Arbeiter gegen Vergiftungsgefahr? Vorgenannte Forderungen sind im verflochtenen Reichstag von der Sozialdemokratie vertreten worden und alle diese Forderungen harren noch heute der Erfüllung, weil nichts für die Arbeiter geschah.

Hören wir nun, was Bülow auf eine bezügliche Anfrage über die künftige Sozialpolitik äussert:

»Die deutsche Sozialpolitik wird in den seitherigen bewährten Bahnen nachdrücklich fortgeführt. Die Behauptung, dass die Berufsvereinsvorlage unmittelbar oder mittelbar zur Beschränkung der nicht rechtsfähigen Berufsvereine dienen sollte, ist unzutreffend; insbesondere wird nicht beabsichtigt, die Mitglieder der nicht rechtsfähigen Berufsvereine irgendwie von der Verwaltung der sozialpolitischen Einrichtungen auszuschliessen.«

Also in den seitherigen bewährten Bahnen soll die deutsche Sozialpolitik nachdrücklich fortgeführt werden. Das heisst, der bisherige Stillstand wird nachdrücklich beibehalten werden; nichts wird geschehen und schon um deswillen wird nichts geschehen, weil die Vertreter des mobilen Kapitals, die Industriemagnaten, denen die dürftigen Arbeiterversicherungsgesetze schon ein Dorn im Auge sind, in vermehrter Zahl den Reichstag zieren werden und in ihrem Interesse den weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung verhindern werden. Nicht genug damit, wollen sie sich eine andere, bedeutend wertvollere Beute sichern und scheuten sich nicht, obwohl sie in allen Wählerversammlungen im Brustton der Ueberzeugung hoch und heilig versicherten, dass sie das bestehende Reichstagswahlrecht unangetastet lassen werden, ganz andere Saiten aufzuziehen. Schreibt doch das Zentralblatt der deutschen Arbeitgeber-Verbände ganz ungeniert wenige Tage nach der Hauptwahl:

»Die sozialdemokratische Presse ist der Meinung, sie habe die Entscheidung vom 25. Jan. der stärkeren Wahlbeteiligung der nichtsozialdemokratischen Wähler zuzuschreiben. Und in ihrem Zorn speziell über den ihr so überraschend gekommenen Sukkors seitens der ehemals indifferent gebliebenen Wähler zugunsten der bürgerlichen Parteien, lässt sie sich dazu hinreissen, diese Wähler dumm und faul zu nennen und spricht ihnen somit im Grunde genommen das Recht der Teilnahme an der gleichen, geheimen und direkten Wahl rundweg ab.«

Wir müssen gestehen, dass uns eine seltsamere Logik noch nicht vor Augen gekommen ist. Reim dich oder ich fress dich. Es heisst aber dann weiter:

»Nun, sie wird sich demgemäss nicht wundern dürfen, wenn sie fortan als Kronzeugin von denen angerufen wird, die, wie wir schon an gleicher Stelle ausdrückten, in dem gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht keineswegs den Gipfel der

politischen Kultur zu erblicken vermögen.«

Es lohnt sich, dieses Geständnis der Herren Scharfmacher festzunageln. Vor der Hauptwahl wurde dem »dummen, faulen Wähler« vorgezogen, dass das bestehende Wahlrecht nicht angetastet werden soll und schon vor der Stichwahl besinnt man sich eines anderen, indem man gleichzeitig den Weg zeigt, wie man dies Wahlrecht wirkungslos zu machen gedenkt. Eine Festrede Ballin's, des Generaldirektors der Hamburg-Amerika-Linie zur Kaisergeburtstagsfeier muss herhalten, um den betörten Wähler über den Betrug, den man auszuführen gedenkt, hinwegzutäuschen. Es heisst da:

»Wohl entsenden jene Massen neben zahlreichen Literaten, Rechtsanwältinnen, Redakteuren, Parteibeamten etc. auch einige Arbeiter und Handwerker in den Reichstag. Aber sind diese denn die berufenen und sachverständigen Vertreter der weltumspannenden gewaltigen Interessen, die heute für Deutschland in Handel und Industrie verkörpert sind? Diese Frage stellen, heisst sie verneinen! Gewiss bilden Wohl und Wehe der Arbeiter einen hochwichtigen Teil des Gebiets, auf dem wir tätig sind. Aber doch nur einen Teil. »Ohne Profit raucht kein Schornstein« hat selbst Herr Bebel einmal bekannt. Und die Unternehmer und Arbeitgeber sind es doch, die dafür zu sorgen haben, dass die Schornsteine rauchen können. Damit schaffen wir den Arbeitern Brot und stärken das Reich, das die für seine Wehrmacht und seine Kultur nötigen grossen Geldmittel ganz überwiegend aus der Industrie und dem Handel ziehen muss. Es ist deshalb sicher kein unbescheidenes Verlangen, dass wir Unternehmer auch ein Wort mitreden möchten, wenn die Reichsgesetzgebung unsere Lebensinteressen und unsere Berufsinteressen (ich nenne nur die Zoll und Handelspolitik, die Verkehrsverhältnisse, die Steuerfragen, die Sozialpolitik, die kolonialen Angelegenheiten) regelt. Und bei aller Bescheidenheit meinen wir auch, dass unsere Kenntnisse und Erfahrungen solchen Beratungen und Beschlüssen wohl zugute kämen! Ja — es liegt im Reichsinteresse, also auch im Interesse des ganzen deutschen Volkes, dass Gewerbe, Handel, Bankwesen, Schifffahrt, Verkehr, Bergbau, Grossindustrie etc. eine stärkere und bessere Vertretung im Reichstag finden. Der Reichstag ist die Vertretung des Volkes und zum Volke gehören auch wir Unternehmer und Arbeitgeber, deren Händen ein so grosses Gebiet der Nationalwirtschaft und Nationalwohlfaht anvertraut ist. Ein Volk aber besteht doch nicht in erster Linie aus Parteien, sondern seine Kraft und sein Schicksal ruht in den schaffenden Berufsständen. Und wenn auch durch die Massen die Führer der grössten, wichtigsten und zahlreichsten Berufsstände von der Volksvertretung ferngehalten werden, dann soll dieser, dem

Reiche und dem Volke schädliche Mangel, diese klaffende Lücke auf andere Weise ausgefüllt werden. Nicht durch Aenderung des Wahrechtes, sondern durch eine Ergänzung in der Form berufsständischer Angliederung von Vertretern der grossen Erwerbsgebiete, also hier der Industrie, des Handels und allen ihren Verzweigungen.

Wie Hohn klingt es geradezu, dass denen, die schon immer die stärkste Vertretung ihrer Interessen im Reichstage hatten, denen zuliebe alle Lasten auf die minderbemittelten Klassen abwälzt wurden, eine verstärkte Vertretung im Reichstage geschaffen werden soll, geschaffen werden soll — beiläufig nicht, durch eine Aenderung des Wahrechtes, — sondern die Lücke soll durch berufsständische Angliederung von Vertretern der grossen Erwerbsgebiete, also der Industrie, des Handels und allen ihren Verzweigungen ausgefüllt werden.

Ein feiner Plan, dessen Ausführung, soweit es an den industriellen Scharfmachern liegt, nicht lange auf sich warten lassen wird. Die Herren nutzen ihre Zeit und möchten die Attacke vom 25. Januar ungehindert fortsetzen, um alles niederzureiten, was sich ihnen bisher hindernd in den Weg stellte. Dass ihnen jedes Mittel dazu Recht ist, verhehlt uns der Feuilletonplauderer desselben Blattes durchaus nicht, wenn er schreibt:

Die deutsche Gelehrtenwelt hat eine schwere Schuld gutzumachen. Jahrzehnte hindurch hat sie sich durch Irrlichter und Schwarmgeister verführen lassen. In herzlich gutgemeinter aber weltfremder Philantropie hat man für Gesetze und Einrichtungen zum Schutze einzelner Klassen des Volkes plädiert, ohne sich darüber klar zu werden, dass diese in traulicher Stille des Studierzimmers ersonnenen Vorschläge, soweit sie überhaupt durchführbar waren, den Schützlingen dieser Wissenschaft mehr Schaden als Nutzen bringen mussten. Auch die theoretischen Grundlagen, auf denen man solche Gesetzgebung errichtet sehen wollte, wären höchst bedenklcher Art und kaum geeignet, dem auf seine Gründlichkeit so stolzen Denkerwolke Ehre zu machen. An der Berliner Universität hat ein Mann gelehrt, dessen Aussprüche noch in diesem Wahlkampfe als zündendes Agitationsmaterial von der Sozialdemokratie benutzt worden sind. — »Die Vernunft ist der ideale Kern und das unermülich abgewandelte Leitmotiv des Sozialismus, seine Kritik des Bestehenden und seine Forderungen leuchten auf diesen Standpunkt der Betrachtung sofort ein, seiner Theorie kann nicht widersprochen werden.« Diese Worte hat man in den letzten Tagen in der Mehrzahl der sozialdemokratischen Blätter lesen können. Und solche Auslassungen sind auf den Kathedern Deutschlands nichts Seltenes gewesen und sind leider auch jetzt noch gang und gäbe. Nicht allein auf den Kathedern! Die Leuchten der Wissenschaft greifen auch nur allzuhäufig zur Feder und überschütten den Büchermarkt mit den Früchten ihrer tiefgründigen Forschung. Aber diese Früchte, die äusserlich oft so glänzend und schmackhaft aussehen, sind häufig genug kernfaul. Sie erzeugen dem gesunden Magen grimmiges Weh und sind für den kranken Magen Gift. Als Tatsache muss hingestellt werden, dass sich die intellektuellen Kreise Deutschlands, Professoren, Künstler, Schriftsteller, Lehrer oft einer bedenklchen Neigung hingegeben haben, in das sozialistische internationale, vaterlandslose, wenn nicht gar vaterlandsfeindliche Fahrwasser einzulenken. Ist hierin ein Wandel zum Besseren bemerkbar geworden?

Heisst das nicht geradezu die Wahrheit, die Erkenntnis der wissenschaftlichen Forschung unterdrücken zugunsten des allein herrschenden Geldsacks. Der Mehrwert ist Trumpf und deshalb muss die wissenschaftliche Forschung umgelogen werden.

Dass die Bäume dieser hetzenden Scharfmacher nicht in den Himmel wachsen, kommt ihnen allgemach schon zum Bewusstsein, denn kurz nach der Stichwahl lassen sie schon verlauten, dass die Begleitumstände ihres Wahlerfolges in mancher Hinsicht zu sorgendem Nachdenken Anlass geben, weshalb sie zu äusserst schnellem Handeln auffordern und an die herrschenden Gewalten appellieren, denn es handelt sich für die, in deren Händen die Sorge um das Geschick der Nation liegt, darum, jeder Halbheit und Faltheit der Entschliessung fortan Valet zu geben und an ihrem Teil auf Massregeln bedacht zu sein, die geeignet sind, den derzeitigen Augenblickserfolg in einen allzeit dauernden zu verwandeln. Das glauben wir ihnen gern, aber wir wissen auch, dass sie in demselben Augenblick ohne Gefolgschaft sein würden und ferner, dass die Gesamtheit des deutschen Volkes denn doch nicht so dumm und faul ist, sich das gefallen zu lassen.

Haben wir durch vorstehendes ein Bild erhalten, wie Regierung und Unternehmertum die Interessen des arbeitenden Standes wahrzunehmen gedenken, so möchten wir noch die Freude der bürgerlichen Sozialpolitik über den Wahlausfall erwähnen. Die Soziale Praxis schreibt:

Vom sozialpolitischen Standpunktausfreuen wir uns der schweren Niederlage der Sozialdemokratie und gleichzeitig des Sieges des nationalen Gedankens, denn nur ein politisch und wirtschaftlich starkes, in gesicherter Umfriedung wohnendes, frisch seine Kräfte regendes Volk kann eine gesunde, der Hebung der Masse dienende, vor dem inneren Verfall behütende Sozialreform treiben.

Die Niederlage der Sozialdemokratie aber muss den anderen Parteien doppelt die Verpflichtung auferlegen, den Massen der Unbemittelten und Bedürftigen den Beweis durch Taten zu führen, dass ihr Schicksal bei jener Partei in schlechten Händen liegt und die bürgerliche Mehrheit des Reichstages bereit ist, den berechtigten Beschwerden der Schwachen abzuhelfen und eine kraftvolle Sozialreform zu Nutz und Frommen des Staates durchzuführen.

War die Sozialdemokratie häufig eine Helferin reaktionärer Bestrebungen, so ist jetzt die Bahn frei für die nationale Arbeiterbewegung und die Gesundung der Arbeiterorganisationen. Nun muss sich zeigen, ob auch die Regierung die Forderung des Tages auf sozialpolitischem Gebiete begreift:

Nicht Stillstand, nicht Rückschritt, sondern gerade weil die Sozialdemokratie einen so schweren Schlag erhalten hat, jetzt verdoppelte Fürsorge für die Massen, die ein Anrecht auf den Schutz des Staates und auf Gleichberechtigung haben. Nur so wird man den Sieg wirklich ausnützen und befestigen. Dass an sehr massgebenden amtlichen Stellen diese Auffassung herrscht, wird uns aus unanfechtbaren Quellen bestätigt. Mögen dieser Gesinnung bald Taten folgen!

Aus allem ersehen wir, dass viele Köche, jeder auf eigene Art, sich rühren, um den Brei der Sozialpolitik zu verderben; der eine will links, der andere rechts und deshalb müssen wir, um die es sich vornehmlich dreht, obwohl uns Feinde ringsum erstehen — geradeaus, trotz alledem.

Bankmachungen.

Zur Auskunfterteilung.

Bei jedem Stellungswechsel sind nach § 29, Abs. 1 des Statuts vorher Erkundigungen einzuziehen, sonst keine Unterstützung. Bei jeder Anfrage ist genau der Beruf und über was Auskunft verlangt wird, anzugeben. Die Auskunftskarte darf an andere nicht weiter gegeben werden.

Die Auskunftserteiler haben diese Anfragen mit den Auskunftskarten sofort zu beantworten.

Die Unterstützungsausgeber haben alle statistischen Unterstützungen sofort in das Mitgliedsbuch einzutragen und ohne Vorlegung eines solchen und der Reisekarte, keine Unterstützungen auszusahlen.

Zirkulare betr. Arbeitsnachweis haben nur wenige Mitgliedschaften bestellt, weshalb wir den Druck bisher noch nicht herstellen liessen. Wir

bitten die säumigen Verwaltungen um Mitteilung, ob und wieviel Zirkulare gewünscht werden.
Der Hauptvorstand.

Gesperrt:

Für Lithographen und Steindrucker:

Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann ist für Lithographen und Steindrucker gesperrt. Die Sperre wird der im § 16 des Streikreglements bezeichneten Sperre gleichgestellt. Zuwiderhandelnde haben Ausschluss zu gewärtigen.
Dresden. Die Glasplattenfabrik O. Nedwig in Radebeul bei Dresden.
Elberfeld. Emallierwerk H. Peters.
Esslingen-Obertürkheim: Die Differenzen sind beigelegt, die Sperre aufgehoben. Näheres unter Korrespondenzen in nächster Nummer.
Merseburg. Firma Görling.
München. Anton Bernsdorf.
Pless und Rybnik in Oberschl. Achtung! Wegen Differenzen Zuzug nach hier fernhalten.

Für Chemigraphen ist gesperrt:

Berlin. Nachstehende Firmen haben den Tarif nicht anerkannt und gelten daher als nicht tariffrei: Edm. Gallard, Graph Gesellschaft, W. Greve, Thedran & Kraushaar, Trauquillin, F. Hellemann, Mändner, Paul Schahl, Illustrations-Zentrale, Baudouin.
Chemnitz. A. Jülich.
Stuttgart. Gebr. Rössle.
Steilungnahme in diesen Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Ausland.

V. St. Amerika und Canada. Achtung! Unter glänzenden Versprechungen sucht durch Chiffre-Annoncen ein Privatier, J. O. Weber in Pforzheim, Bleichstr. 95, Streikbrecher in Deutschland; Lithographen und Steindrucker nach Amerika. Alle Angebote sind strikte zurückzuweisen, da unsere amerikanischen Kollegen im Streik stehen.
Holland, Chemigraphen. Die in Holland Stellung suchen oder schon gefunden haben, werden ersucht, sich von heute ab zu wenden an die Adresse des Alg. Nederl. Chemigr. Bundes, W. van Dyk, Groen van Prinstererstr. 61, Amsterdam. Alle näheren Aufklärungen werden gratis erteilt.
Norwegen (Tariffbewegung). Folgende Städte sind für Lithographen, Chemigraphen und Steindr. gesperrt: Christiania, Sandriken, Drammen, Christiansund, Stavanger, Bergen und Trondhjem.

Gesperrt sind in der Schweiz:
Der Arbeitsnachweis des Sekretariates des Vereins Schweiz. Lithographiebesitzer in Winterthur.
Basel. Firma Th. Budin, Lithographie.
Bern. Lithographie Stebenmann & Co.
Freiburg. Kartonfabrik H. Witzsch.

Aufgepasst Chemigraphen!

In No. 5 der »Gr. Pr.« befindet sich ein Versammlungsbericht der Lithographenfiliale in Stuttgart, der allen Chemigraphen Deutschlands zu denken gibt und ihr Augenmerk nach Stuttgart richten muss.

Kollege Werner, wahrscheinlich Lithograph, gibt hier in einem Referate über das »Gerstenhauser'sche Verfahren« seine Meinung, und da in der Versammlung nicht widersprochen, die Meinung der ganzen Lithographen Stuttgarts zum besten, mit der ein auf dem strengen Boden unserer Tarifgemeinschaft stehender Kollege nicht einverstanden sein kann.

Laut dieses Berichtes müsste es den Chemigraphen die grösste Ehre sein, sich hier in ihr Fach hineinreden zu lassen, damit es den Herren Lithographen in Stuttgart gelinge, die Disziplin unserer Filialen, die auf Grund unserer Existenz und unseres Tarifes eine sehr strenge sein muss, wie es scheint zugrunde richten könnten.

Wir verlangen vor allen Dingen von unserer Bruderorganisation, der wir uns angeschlossen haben, eine strenge Einhaltung unserer Beschlüsse, und zwar der Versammlungsbeschlüsse sowohl wie der in den betreffenden Körperschaften gefassten.

Es ist ja schon bedauerlich, dass in diesem Punkte erst ein bestimmter Druck auf die Lithographen ausgeübt werden musste, um überhaupt eine Verständigung zu erzielen; wenigstens ist mir bis jetzt nicht bekannt, dass eine Anfrage an unsere Tarifinstanzen ergangen ist, damit sie Stellung nehmen könnte, inwieweit hier unser Tarif, d. h. die Ausführungsbestimmungen Platz greifen; im Gegenteil, es wurde alles behandelt als »Rühr mich nicht an« und als das unsern Beruf schädigende Treiben aufgedeckt wurde, jetzt das grosse Lamento.

Wenden wir uns aber jetzt der Sache selbst zu, wie steht nun die Frage: Haben wir es im Gerstenhauser'schen Verfahren mit einem neuen Zweige der Chemigraphie oder der Lithographie zu tun?

Die Antwort kann nur allein dahin lauten, dass es sich hier nicht um Art oder Zweig eines Berufes handelt, sondern dass hier eine Verbindung stattfindet, die aber in ihrer Herstellung durchaus getrennt ist.

Das Verfahren ist zuerst ein reines Aetzverfahren, d. h. chemigraphisches, hernach, wenn die Platten fertig sind, bekommen sie eine andere Bestimmung als unsere Buchdruckkleeche. Will das vielleicht bestritten werden? Was nun weiter mit den Platten

passiert, geht uns nichts an, und darum der Tarifamtsbeschluss, dem ich in diesem Falle nur zu gern zustimme.

Sollte das aber bestritten werden, d. h. sollte diese Arbeit nur von den Lithographen beansprucht werden, so möchte ich die Frage aufwerfen: Kann die Filiale Stuttgart uns eine Garantie leisten, dass diejenigen Kollegen, die jetzt mit 11 und 12 Farben arbeiten, später nicht 3- und 4-Farbenätzer werden, nachdem sie sich in das Ätzen eingearbeitet haben, oder glauben sie uns etwa Weiss für Schwarz vorzumachen, dass diese Kollegen später bei Arbeitslosigkeit nicht versuchen, in unserm Beruf unterzukommen? Ich glaube nicht, dass man das kann, denn genau wie ein Lithograph eine Arbeit nach Einarbeitung in 14-16 Farben herstellen kann, und später die Arbeit eventl. in 7 Farben, nur etwas leiser, so gut kann ein Ätzer, der die Gerstenhauer'schen Platten ätzt, später eventl. 3- und 4-Farbenplatten ätzen.

Wir sind aber gut genug, den Ueberläufer mit unserem solidarischen Empfinden zu umarmen, wenn er arbeitslos ist, nachdem er uns im andern Geschäft geschädigt hat.

Ausbleiben wird es nicht, dass der Prinzipal bei Arbeitsmangel von den Lithographen verlangen wird, auch schwarze Platten zu ätzen, nachdem er sich die ja immerhin sehr kostspielige Einrichtung angeschafft hat. Ich frage nun an, wer sind die Geschädigten, die Lithographen oder die Chemigraphen?

Die Chemigraphen auf alle Fälle, denn sie bekommen, wenn hier nicht beizeiten der Riegel vorgeschoben wird, eine Reservearmee, die den Beruf noch weiter herunterbringt als die Lehrlingszüchterei, wegen der wir ja hauptsächlich den Tarif abgeschlossen haben. Der Satz von Kollegen Dürr, die 3- und 4-Farbenätzer würden sich nicht dazu hergeben, indem sie ja in ihrem Fache mehr verdienen, gibt sehr zu denken und würde meine Auffassung in der Ueberläuferfrage nur bestätigen. Wenn die Lithographen sich durch Einführung dieses Verfahrens geschädigt fühlen, so müssten eben alle Neuheiten in Grund und Boden geschlagen werden, denn alle neuen Erfindungen auf diesem Gebiete schädigen die bestehenden Verfahren.

Wir als Chemigraphen haben die Pflicht, mehr als je aufzupassen, wenn eine Neuerung für unsere Branche eingeführt wird, sie uns auch zum Vorteil ausschließt. Sollte eine andere Branche darunter leiden, so werden wir selbstverständlich vermehrte Kräfte von dort beziehen, aber nur auf dem Wege, den wir als Gesetz anerkennen, d. h. auf tariflichem. Und darum hoffen wir bestimmt, dass auch die Stuttgarter Kollegen sich unseren Einrichtungen fügen. Die Tarifinstanzen werden schon die Zeit bestimmen, wann sich die betreffenden Prinzipale zu organisieren haben; weigern sie sich indessen und kommt es demzufolge zu Differenzen, so tragen wir Chemigraphen nicht die Schuld, sondern diejenigen, die zwar jetzt die Ätzer spielen, aber den Titel Lithograph nicht verlieren wollen. Hoffen wir, dass durch eine sachliche Aussprache der Stein des Anstosses beseitigt wird, damit die Spezialberufskreise, die in unserm Bunde vereinigt sind, wieder zu positiver Arbeit kommen. Rrr.

Chemigraphen-Brief.

München, 3. Februar 1907.

Zur Zeit, da dieser Brief geschrieben wird, stehen unsere Wiener Kollegen bereits teilweise im Kampfe für die Tarifierneuerung und es scheint, dass sie diesmal nicht auf einsichtigen Entgegenkommen der überwiegenden Mehrzahl der Unternehmer rechnen dürfen, wie dies bisher immer in Deutschland und das erste Mal (1904) auch in Wien der Fall war. Denn wie ich vernehme, verhält sich nur die grösste Firma (C. Angerer & Oöschel) entgegenkommend, wohingegen die anderen Prinzipale glauben, wieder die Rückkehr in das vortarifliche Chaos anstreben zu müssen und ihr Heil in der auf regellose Ausnützung der Gehilfen und Lehrlinge basierten Schutzkonkurrenz suchen. Es ist schier zum verzweifeln, wenn man sieht, wie alle Argumente der Vernunft vergeblich zu sein scheinen, wie man in letzter Linie doch immer wieder zum Erzwingen der billigsten Forderungen greifen muss. Jedenfalls werden es die Wiener Kollegen an nichts fehlen lassen, um das für den ganzen Beruf als unerlässlich notwendig Erkante durchzusetzen und ist ihr voller Erfolg wünschenswert. Diese Angelegenheit zeigt auch, wie berechtigt es war, als die Münchener Kollegen in ihrer Generalversammlung am 1. d. M. verlangten, der in Wien bei der Chemigraphen-Konferenz delegierte Kollege Sahm aus Berlin möge doch endlich einmal berichten, was dort beschlossen wurde und welche Eindrücke er dort gewonnen habe. Die Münchener gehen dabei von der Ansicht aus, dass sich bei der Delegation nicht um eine Privatsache der Berliner handle. Es wäre ein solcher Bericht schon im Interesse des Arbeitsnachweises nötig, da doch in Wien viel von den Prager Chemigraphen die Rede war und die Sonderstellung derselben — wie auch der Lithographen und Stein-drucker — zur neuen Reichsorganisation die Ursache ist, dass mit ihnen die Gegenseitigkeit abgebrochen wurde und nur jenen die Vermittlung des Arbeitsnachweises zugestanden wird, die in der Zentralorganisation sind. Nach Wien wenigstens werden nur solche angewiesen. Da aber Kollege Sillier in Wien erklärte, auch die Gegenseitigkeit der deutschen

Organisation würde aufgehoben, wenn sich die Prager nicht dem österreichischen Senefelder-Bund anschliessen, dürfte eine analoge Direktive an die deutschen Arbeitsnachweis-Verwalter am Platze sein. Dass uns dabei aussichtlich berufliche und nicht nationale Motive massgebend sein müssen, ist zwar ganz selbstverständlich, muss aber gegenüber den nationalausserordentlich empfindlichen tschechischen Kollegen stets wieder betont werden. Es ist ja peinlich genug, dass man selbst bei Gehilfen noch Einsichtigkeit bei Dingen zu erzwingen suchen muss, von denen man glauben sollte, dass ihre Notwendigkeit schon von den Berufsverhältnissen deutlich genug demonstriert wird. Berichtete doch Kollege Mara aus Prag, dass dort unter den Chemigraphen der höchste Lohn 38 Kronen, — das sind 32 Mark — betrage; was für Deutschland Schlesien, das dürfte also für Oesterreich — wenigstens für die Chemigraphen — Böhmen (speziell Prag) bedeuten und spricht das mehr als alles andere für die Notwendigkeit, dass sich die dortige Gehilfenschaft an eine grosse Organisation anlehnen müsse, wenn sie selbst ersichtlich zu schwach ist, derartige Missstände zu beseitigen.

Der Bericht über die Generalversammlung der Münchener Chemigraphen wird auch die Anfrage bringen, warum der Arbeitsnachweis durch die in letzter Zeit sich mehrenden Inserate in der »Graph. Presse« zum Teil in seiner Wirksamkeit beschränkt wird. Die Unternehmer werden darauf anscheinend von einem Tariffunktionär der Gehilfen verwiesen, wo ihnen durch den Arbeitsnachweis keine entsprechende Kraft vermittelt werden kann. Es fragt sich, ob es da nicht besser wäre, wenn die Arbeitsnachweis-Verwalter das Inserieren selbst besorgen und so alle Kollegen auf ihren Bedarf aufmerksam machen, wenn schon die Nachweisverwalter durch ihre gegenseitigen Verbindungen nicht in der Lage sind, der Nachfrage zu entsprechen. Dann könnten wenigstens die Offerten nicht planlos an die betreffende Firma zu einer unschädlichen Auswahl einlaufen, der Arbeitsnachweis wäre nach wie vor der vermittelnde Faktor. — In einer der letzten Nummern der »Graph. Presse« wurden sogar Ueberläufer gesucht. Das veranlasst zum Nachdenken, ob es nicht vorteilhafter wäre, solche Ueberläufer aus unseren eigenen Reihen zu stellen, da erfahrungsgemäss nur in einzelnen Sparten ein Kräftemangel herrscht, wohingegen andere Sparten stetig Arbeitslose aufweisen. Diese letzteren wären vielfach fähig, die betreffende Arbeit ebenso zu erlernen, wie Ueberläufer aus anderen Berufen. Natürlich bedürften sie dazu der Unterweisung ihrer Kollegen in der neuen Kondition, woran es diese nicht fehlen lassen sollten, umso mehr, als hier eigentlich die moralische Verpflichtung dazu grösser ist, als bei anderen Ueberläufern. Den Prinzipalen aber kann das eigentlich gleichgültig sein, da sie ja laut Tarif den Mindestlohn zu entrichten haben, der auch für Ueberläufer gilt.

Eine Lohnstatistik, die derzeit in München bewerkstelligt wird, veranlasst mich, über den Wert derselben einiges zu bemerken, da einige Kollegen diesen Wert zu verkennen scheinen. Man muss sich unwillkürlich fragen, wie denn die Berufsverhältnisse überhaupt verbessert werden sollen, wenn man darüber nicht klar und ziffernmässig unterrichtet ist. Das gilt noch mehr bei der Erneuerung von Tarifen, wo man doch wissen muss, welche Veränderungen durch den Tarif bewirkt wurden, inwiefern er die Erwartungen nicht erfüllte und dementsprechend geändert werden soll. Das gilt nicht nur in bezug auf den Lohn, sondern ganz besonders bezüglich des Lehrlingswesens, wie überhaupt die ganze Berufslage einer steten Beobachtung zu unterziehen ist und regelmässige Statistiken dabei von grösstem Werte sind. Wir werden darauf und auf die entgegengesetzten Einwendungen einiger Kollegen gelegentlich noch zurückkommen.

Zu dem Bericht des internationalen Sekretariats.

Zu dem Bericht des internationalen Sekretariats kehrt mehrfach das Wort »Ladenschluss« und »offener Laden« wieder. Irrtümlich ist unsererseits angenommen worden, dass mit dieser Bezeichnung der »Schluss der täglichen Arbeitszeit« und das dawiderlaufende »Ueberarbeitszeit« gemeint sei, dem ist aber nicht so, sondern wie wir aus unserem Leserkreise belehrt werden, ist in den Worten »offener Laden« die Zulassung nichtorganisierter Gehilfen zur Arbeit und unter »Ladenschluss« die Fernhaltung unorganisierter Gehilfen zu verstehen. Der Sinn des ganzen Berichtes erfährt durch die Berichtigung eine wesentliche Aenderung.

Korrespondenzen.

Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Redaktionschluss: Dienstag.

Spätere Eingänge können für die laufende Nummer nicht berücksichtigt werden.

Berlin III (Lithographen). Am 16. Januar hielt die Berliner Lithographenfiliale ihre Jahreshauptversammlung ab, in der Kollege Barthel zunächst den

Jahresbericht erstattete. Einleitend behandelte er die Situation am Beginn des Berichtsjahres. Durch die erfolgreiche Beendigung der Bewegung für die Feiertagsbezahlung waren viele Gegner der Verschmelzung zu Freunden der geeinten Organisation geworden. Der Bruderkampf war so gut wie beendet und die ganze Kraft konnte den natürlichen Gegnern der Oehlfenschaft, dem Unternehmertum, entgegengestellt werden. Es gab zunächst verschiedene kleinere Bewegungen, bis Mitte Februar die Tarifverhandlungen in Leipzig stattfanden, die auf Veranlassung des Unternehmertums, das vorher alle unsere Tarifbestrebungen strikt abgelehnt hatte, eingeleitet wurden. Die Verhandlungen verliefen jedoch resultatlos, weil die Gehilfen nicht damit einverstanden sein konnten, dass die Verhältnisse der zurückgebliebenen Oegenden des Reiches als Basis für einen Zentraltarif dienten. In den Orten und Gegenden mit den schlechtesten Berufsverhältnissen setzte bald nach dem Scheitern der Verhandlungen die neue Arbeit zur Hebung der Lohn und Arbeitsbedingungen ein, die bald darauf durch das Unternehmertum unter Führung der grössten Berliner Kunstanstalten, die vorher bei jeder Forderung auf die Schutzkonkurrenz der Anstalten des Reiches verwiesen und die Notwendigkeit der Aufbesserung der Verhältnisse dieser Anstalten betont hatten, mit der Aussperrung der Gehilfenschaft beantwortet wurde. Unsere Filiale wurde fast mit der Hälfte ihrer Mitglieder in Mitteldenschaft gezogen; in Berlin wurden 402 Lithographen in 21 Betrieben ausgesperrt. Unsere Kollegenschaft hat sich in dem Kampfe wacker gehalten. Während der 11-wöchigen Aussperrung ist nur 1 Lithograph umgefallen; 1 Organisationsmitglied und 2 Unorganisierte fanden sich ausserdem als Streikbrecher. Da auch in allen anderen in Mitteldenschaft gezogenen Filialen die Kollegenschaft einmütig zusammenhielt, war das Unternehmertum, das zuerst bedingungslose Unterwerfung gefordert hatte, zum Nachgeben gezwungen. Es fanden Verhandlungen statt, die zu den bekannten »Verelnbarungen« geführt haben. Allerdings hat die Berliner Kollegenschaft dabei nur verschwindend wenig erreicht; aber der Umstand, dass in den zurückgebliebenen Gegenden ganz beträchtliche Fortschritte erzielt worden sind, wird sich auch für die Berliner Verhältnisse fördernd bemerkbar machen. Nichtsdestoweniger aber bedeutet u. a. die Anerkennung des § 616, die festgelegte Lehrlingskala von 1:4, die Anerkennung des Arbeitsnachweises für die Berliner Kollegenschaft einen Fortschritt gegenüber dem früheren Zustande. Die Anerkennung des § 616 ging uns 1900 verloren; sie wurde zurückerobert. Die Lehrlingsverhältnisse sind in vielen Geschäften recht ungesund; so kommen z. B. nach der letzten Statistik bei Heymann & Schmidt auf 55 Gehilfen 16 Lehrlinge, Littauer & Boysen auf 47:15, Schäfer & Schebe auf 21:10, Aberle & Co. auf 14:6, Finkenrath auf 9:7, Hailerbaum & Schmidt auf 11 Gehilfen 4 Lehrlinge. Die Durchführung der anerkannten Skala wird mit dieser Lehrlingszüchterei aufräumen. Der Arbeitsnachweis hat ebenfalls eine weitgehende Verbesserung erfahren, gegenüber dem Jahre 1905, was aus folgender Gegenüberstellung ersichtlich ist:

	1905	gemeld. Stellen	besetzte Stellen	1906	gemeld. Stellen	besetzte Stellen
1. Quartal	43	35	1. Quartal	93	68	
2. „	52	42	2. „	51	40	
3. „	60	49	3. „	159	140	
4. „	65	54	4. „	151	135	
Summa	220	180	Summa	454	393	

Die 454 Stellen des Jahres 1906 wurden von 125 Anstalten gemeldet. Die starke Inanspruchnahme im 3. und 4. Quartal 1906 beweist, dass der Aufschwung in der Hauptsache auf die Anerkennung des Nachweises zurückzuführen ist. — Die Lohnaufbesserungen als Folge der Vereinbarungen lessen leider alles zu wünschen übrig. Von den ausgesperrten Kollegen erhielten nur etwa 10 Prozent, nämlich 46, eine wöchentliche Zulage von insgesamt Mk. 79.50. Durch die sofort in Angriff genommene Arbeit für die Anerkennung der Vereinbarungen durch solche Anstalten, die dem Schutzverbande nicht angehören, wurden ausserdem für 41 Kollegen Lohnzulagen von insgesamt Mk. 74.50 erzielt. Die Vereinbarungen sind durch diese Arbeit in Berlin so gut wie allgemein durchgeführt. Die Mitgliederzahl hat einen erfreulichen Aufschwung erfahren, nicht zuletzt infolge der Agitation, die die Unternehmer durch die Aussperrung für uns veranstaltet haben. Am 1. Januar 1906 zählte die Filiale 974 Mitglieder; diese Zahl stieg bis zum 1. Januar 1907 um 72, so dass das Berichtsjahr mit einem Mitgliederbestand von 1046 (974 Voll- und 72 Halbm Mitglieder) abschloss. — Von der regen im Berichtsjahr geleisteten Arbeit legt folgende Zusammenstellung über die Sitzungen und Versammlungen der Filiale Zeugnis ab. Es fanden u. a. statt: 19 Verwaltungssitzungen, 14 kombinierte Verwaltungssitzungen, 12 Vertrauensmännersitzungen, 3 kombinierte Vertrauensmännersitzungen, 9 ordentliche, 1 ausserordentliche, 11 kombinierte und 7 Ausgesperrten-Versammlungen, 144 Geschäftsversammlungen und 75 diverse Sitzungen und Zusammenkünfte, an denen die Filiale durch Vertreter beteiligt war. Der Versammlungsbesuch war während der Aussperrung ausserordentlich stark. Es bliebe zu wünschen, dass er auch in ruhigerer Zeit reger wäre, da wir uns nie im vollsten Frieden, sondern immer in einem

gewissen Kampfverhältnis befinden. Wenn die gesamte Mitgliederzahl durch rege Beteiligung an den Filial- und Bundesangelegenheiten mit der Verwaltung Hand in Hand arbeitet an der Förderung unserer guten Sache, dann werden die Erfolge in Zukunft noch weit beträchtlicher sein als im verflorenen Jahre des Kampfes. Der Bericht wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Verwaltung wurde bis auf ein Mitglied, das die Wiederwahl ablehnte, in geheimer Abstimmung einstimmig wiedergewählt. — Ueber die Lithographenkonferenz und die Generalversammlung in Hannover referierte sodann Kollege Lange. Er behandelte zunächst das Reichsgerichtsurteil gegen unseren Bund und betonte, dass die Generalversammlung Mittel und Wege suchen müsse, unser Statut dem Reichsgerichtsurteil anzupassen. Wie uns jedoch weder die Urteile der Vorinstanzen noch die »Verfügung« in unserer Arbeit für das Gedeihen der kollegialen Sache hindern könnten, wie wir sogar trotz dieser uns gespielten Streiche die schwere Aussperrung entschieden und erfolgreich durchgeführt haben, so wird uns auch der Reichsgerichtsurteil ernstlich in unserem ferneren Vorwärtstreben nicht aufhalten können. Die Lithographenkonferenz, die vor der Generalversammlung stattfindet, liefert den Beweis dafür. Der Referent behandelte eingehend die einzelnen Tagesordnungspunkte und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Konferenz zur Lösung der schwebenden Berufsfragen beitragen und uns wieder ein Stück vorwärts bringen möge. An das mit lebhaftem Beifall aufgenommene Referat schloss sich eine Aussprache, in der verschiedene Anträge eingebracht und folgende angenommen wurden: »Auf die Tagesordnung der Generalversammlung ist der Punkt: Der internationale Arbeiterkongress in Stuttgart nachzutragen.« »Die Redaktion ist nach dem Sitz des Hauptvorstandes zu verlegen, an dessen Sitzungen der Redakteur mit beratender Stimme teilnimmt.« Mit Anträgen zum Statut soll sich eine spätere, eventuell ausserordentliche Versammlung beschäftigen. — Zu Delegierten zur Lithographenkonferenz wurden hierauf die Kollegen Paul Barthel, Adolf Dornick und Hermann Müller, zur Generalversammlung die drei Genannten und Kollege Paul Lange und als Ersatzmann Kollege Julius Hader gewählt. — Nachdem noch mitgeteilt worden war, dass namentlich auch die Anstalt Kohn & Co. als eine der letzten die Vereinbarungen anerkannt und demzufolge die Arbeitszeit von 8¹/₂ auf 8 Stunden verkürzt und die Feiertagsbezahlung eingeführt habe, wurde die anregende Versammlung geschlossen.

Berlin. Eine kombinierte Versammlung aller Berliner Filialen tagte am 21. Januar im grossen Saale des Gewerkschaftshauses. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: »Die Gewerkschaften und die Reichstagswahl« hatte Genosse Paul Umbreit das Referat übernommen. Er schilderte in eingehender, interessanter Weise die Einflüsse der Gesetzgebung auf die Gewerkschaftsbewegung und zog den Schluss, dass es für die Organisationen eine Pflicht der Selbsterhaltung sei, sich trotz ihres nichtpolitischen, rein wirtschaftlichen Charakters mit dem Reichstagswahlkampf zu befassen. Die Mitglieder müssten aufgeklärt werden über das, was für sie und ihre Verbände auf dem Spiele steht, damit sie durch ihre Stimmenabgabe bei der Wahl die Zusammensetzung des Reichstages so beeinflussen, dass der neue Reichstag die Arbeiterinteressen besser wahr als der bisherige. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloss sich eine kurze Diskussion, worauf folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

»In Anbetracht des Umstandes, dass die Gewerkschaften als Objekt der Politik das grösste Interesse an der Zusammensetzung des Reichstages haben, versprechen die versammelten Lithographen, Steindruckere und Berufsgenossen, dafür zu wirken, dass der neue Reichstag so zusammengesetzt wird, dass er den Interessen der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder durchaus Rechnung trägt. Sie erblicken die geeignetste Vertretung ihrer Interessen in der sozialdemokratischen Partei und werden daher nur einem Vertreter dieser Partei ihre Stimme geben.«

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: »Das Reichsgerichtsurteil gegen unseren Bund« referierte Kollege Hermann Müller, indem er folgende Resolution eingehend begründete:

»Die versammelten Mitglieder aller Filialen des Deutschen Senefelder-Bundes nehmen Kenntnis von der Entscheidung des Reichsgerichts in der Klage gegen die Verschmelzung. Die Versammlung bedauert das Urteil, durch das auf dem Gebiete des Vereinslebens völlig neues Recht geschaffen wird, und erklärt sich die Möglichkeit einer solchen Entscheidung nur aus der in der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung immer offener zu Tage tretenden Tendenz, der Arbeiterbewegung Schwierigkeiten zu bereiten. Von der in Hannover zusammentretenden Generalversammlung erwarten die Versammelten, dass sie einen Weg findet, den durch die Verschmelzung geschaffenen Fortschritt in den Organisationsverhältnissen des Steindruckergewerbes und verwandter Berufe aufrecht zu erhalten. Sollte dies aber nur auf dem Wege des Kompromisses mit dem sogenannten »Rechtsschutzverein« möglich sein, so müsste dieser Weg als der Ehre eines jeden Kollegen zuwiderlaufend, vermieden und die Trennung der beiden Organisationen vorge-

zogen werden. In diesem Falle wäre durch einen Gegenseitigkeitsvertrag die Grundlage zu einheitlichem Zusammenwirken und die Sicherung sowohl der gewerkschaftlichen Aufgaben wie der Unterstützungseinrichtungen zu schaffen.«

In der kurzen Diskussion, die dem Referat folgte, drückte Kollege Sillier die Hoffnung aus, dass es gelingen werde, eine Form zu finden, in der der Bund ohne jeden Kompromiss in der bisherigen Einheitlichkeit weiter bestehen könne. In seiner regen Tätigkeit für die ideellen und materiellen Interessen der Mitglieder habe er sich weder durch die bekannte »Verfügung«, die an demselben Tage herauskam, an dem die Aussperrung begann, beirren lassen. Auch das Reichsgerichtsurteil werde den Bund in der Erfüllung seiner Pflichten gegenüber der grossen Mehrheit der Mitglieder nicht hindern können. Hierauf fand auch die zweite Resolution einstimmige Annahme. Die von vorzüglichem Geiste durchwehte Versammlung wurde sodann geschlossen.

Brandenburg a. H. Am Dienstag, den 22. Januar, fand im hiesigen Vereinslokal unsere diesjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1906; 2. Jahresbericht; 3. Neuwahl der Verwaltung; 4. Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung; 5. Verschiedenes. Der Vorsitzende eröffnete um 9 Uhr

die Versammlung. Nach Verlesen des letzten Versammlungsprotokolls und des Kassenberichts gab der Vorsitzende einen kurz gefassten Jahresbericht. Anschliessend hieran legten der Vorsitzende wie die gesamte Verwaltung, für bisheriges Vertrauen dankend, ihre Aemter in die Hände der Versammlung zurück. Aus der Neuwahl gingen folgende Kollegen hervor: 1. Vorsitzender Ewald Müller, Stellvertreter Carl Petzli, Kassierer Franz Carbus, Schriftführer Carl Bertram. Zu Revisoren die Kollegen Eichler und Wasserrok. Krankenbesucher: Tannhäuser und Rampe. Kartellvertreter: Gutmann und Lück. — Zur Kandidatenwahl zur Generalversammlung und anschliessender Lithographen-Konferenz erklärte sich die Versammlung für den Kollegen Mössinger, Magdeburg. — Unter Verschiedenes wurde angeregt, einen Diskutierklub zu gründen, um den weniger redigierten Kollegen Gelegenheit zu geben, sich die Kunst der Rede anzueignen. Nach Regelung einiger lokaler Angelegenheiten schloss die Versammlung 11¹/₂ Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Wegen Raummangel für nächste Nummer zurückgestellt: Bericht vom Bezirkstag Schlesien und Posen. — Ein Vorschlag. — Korrespondenzen aus: Berlin II, Berlin V, München (Kupferdrucker) und Zeitz.

Anzeigen.

Tüchtiger Zeichner und Retuscheur

zur Herstellung erstklassiger Autotypzeichnungen von erster techn. Firma in dauernde Stellung gesucht. Vollendete Airbrush-Technik Bedingung. Geff. Offerten an **Bamberger, Leroi & Co., Frankfurt a. M.**

Mitgliedschaft Dresden I, Steindruckere.

Sonnabend, den 23. Februar, 1/9 Uhr in der Reichshalle, Palmstr. 13,

Jahreshauptversammlung.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1906. 2. Bericht über das verflorenen 1¹/₂ Geschäftsja. Debatte. Neuwahl des Gesamtvorstandes, der Revisoren und der Krankenkontrollen. 3. Bericht vom Gewerkschaftskartell und Stichwahl des Vertreters. 4. Gewerkschafts- und Bundesangelegenheiten.

Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet Der Vorstand.

Ein durchaus tüchtiger GOLD-DRUCKER

für Abziehbilder an Handpresse gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen erbeten **Abziehbilderfabrik A. B. Cramer, Leipzig, Löwenstr. 46.**

Tüchtiger Strichätzer

für sofort gesucht. Offerten mit Zeugnissen und Angabe über Lohnanspruch, Alter etc. an **J. C. F. Pickenhahn & Sohn, Chemnitz I. Sa.**

Hervorragend tüchtiger Strichätzer

der auch durchaus vorzügliches im Einwalzen von Autotypen leistet, findet sofort gut bezahlte, dauernde Stellung. **Knackstedt & Näther, Licht- und Steindruckerei, Hamburg 20.**

Erstklassige **Farben-Aetzer** sofort gesucht [3,-] **Georg Büxenstein & Co. Berlin SW. 48, Friedrichstr. 240/1.**

Durchaus tüchtiger **Auto-Aetzer** für dauernde Stellung gesucht. Ausführl. Off. mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen etc. erbeten an **Carl Cloesheim, Frankfurt a. M.**

Junger tüchtiger **Kopierer,** welcher auch Strichätzen kann, sucht auf sofort Stellung. Offerten unter W. G. 25, an die Exped. dieses Blattes erbeten.

Ein tüchtiger Retuscheur

für Maschinenretusche, mit Airbrush, wird nach Schweden gesucht. [2,10] **Aktiebolaget Grohmann & Eichelbergs, Zinkografiska Konstanstalt, Stockholm.**

Herr Günth. Hub. Albert, Lithogr.

1898 in Leipzig und 1903 in Hanau aufhült., wird dringend um Angabe seiner Adresse ersucht, zwecks Empfangnahme einer wichtigen Mitteilung unter Ch. A. K. 1600, Exped. d. Blattes. [1,80]

Der Chemigraph Paul Bürger aus Nürnberg.

B. N. 16386, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen unsere Mitgliedschaft nachzukommen. **Mitgliedschaft Nürnberg II, Lithogr u. Chemigr.**

Herr Leo Lewi, Chemigraph,

im Mai 1905 in Nürnberg beschäftigt gewesen, wird zwecks einer Auskunft in einer Kassenangelegenheit um gefl. Angabe seiner Adresse ersucht. **Ortskrankenkasse für die polygraphischen Gewerbe in Nürnberg.** [2,10]

Der Kollege Jos. Weiss,

zuletzt in Niederbieber beschäftigt, von dort angeblich nach Höchst abgereist, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Zahlstelle Offenbach gegenüber nachzukommen. Kollegen, welchen der Aufenthalt des Weiss bekannt, werden um Angabe der Adresse desselben an den Unterzeichneten gebeten. **Verwaltung der Zahlstelle Offenbach. I. A.: Hermann Neumann, Gustav Adolfstr. 7.**

Ernst Kurth [3-]

Lithographie-Werkzeug-Handlung **Berlin SO., Grünauer Str. 35** empfiehlt sich den Herren Kollegen zur Deckung ihres Bedarfs in allen **lithographischen Utensilien.**

Andreas Keller

gib ein Lebenszeichen Deinem Freunde [—,75] **Fritz Hoffmann, Barcelona 5, Carretera Ribas (San Martin) Spanien.**

Nachruf! Am 22. Januar starb nach langem Leiden unser Kollege der Lithoarran **Hermann Hellwig.** Ein bleibendes Andenken bewahrt ihm Die Zahlstelle Neu-Ruppin des Deutschen Senefelder-Bundes.